



## **Resolution**

### **Rahmenabkommen Schweiz – EU**

Der Auslandschweizererrat (ASR) möchte die Aufmerksamkeit der behandelnden Behörden auf die Bedürfnisse und Erwartungen der 458'000 in der EU lebenden Schweizerinnen und Schweizer lenken. Deren ASR-Delegierte äussern sich besorgt über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und die daraus resultierenden Folgen für sie.

Von den rund 760'000 Auslandschweizern leben heute mehr als 60 % in einem EU-Land, zudem liegen fünf der sieben grössten Schweizergemeinschaften im EU-Raum. Von der internationalen Mobilität machen immer mehr Schweizerinnen und Schweizer Gebrauch – so hat die Schweiz bereits jetzt einen der höchsten Auslandsbürgeranteile weltweit.

Aus diesen Gründen hat sich der ASR auch stets für die Personenfreizügigkeit und deren Regelung ausgesprochen. Dies bereits in den Jahren 2004, 2008, 2011, 2013 und an der ASR-Sitzung vom 23. März dieses Jahres.

So profitieren die direkt vom Abkommen über die Freizügigkeit (ALCP) Betroffenen von der damit verbundenen Gleichbehandlung von Schweizer und europäischen Bürgern und haben dank dieser Regelung eine Reihe von Rechten wie z. B. das Recht auf Änderung des Wohnsitzes und der Beschäftigung innerhalb der Europäischen Union (geografische und berufliche Mobilität) oder das Recht auf Gleichbehandlung mit Staatsangehörigen der Länder der Europäischen Union in verschiedenen Bereichen (gleiche Arbeitsbedingungen, Koordinierung der Sozialversicherungssysteme, gleiche Sozialleistungen, gleiche Steuervorteile).

Auch ist die EU der wichtigste Wirtschaftspartner unseres Landes, und somit ist die Präsenz unserer Landsleute in den EU-Ländern eine Chance für die Schweiz. Es kann auf ein riesiges Netzwerk von Personen zurückgegriffen werden, welche direkt in der wirtschaftlichen Realität dieser Länder integriert und auch in der Lage sind, unser politisches System zu erklären und unsere Interessen zu vertreten.

Der ASR fordert den Bundesrat auf, die Interessen der 458'000 in der EU lebenden Schweizerinnen und Schweizer bei den Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Abkommen zu berücksichtigen und dieses sobald als möglich dem Parlament zur Ratifikation vorzulegen, um den erfolgreichen bilateralen Weg zu sichern.

16.08.2019